

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/141

Bonn, den 29. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Persilscheine auf Vorschuß? 42

Kai-Uwe von Hassel und die NPD

2 - 3 Die Zeiten haben sich geändert 88

Beobachtungen im Vorfeld des Wahlkampfes

Von Helmut Rohde, MdB

4 Madrid - Bonn 51

Hochschmerzliche Eintrübung des deutsch-spanischen Verhältnisses

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Die unnatürliche Trennung wird überwunden werden

Sicherheitskonferenz und Breschnew-Doktrin

Ein Viertel der SPD-Wahlkreiskandidaten sind
Vertriebene und Flüchtlinge

Die DDR und China

Persilscheine auf Vorschub?

Kai-Uwe von Hassel und die NPD

sp - Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel scheint in der sommerlichen Hitze, die zurzeit auch in München herrscht, und vielleicht angeregt durch die bei einigen CSU-Politikern ohnehin bestehende Neigung zu einer "Politik der Ordnung", ausgerutscht zu sein. Wenn es stimmt, was die Nachrichtenagenturen aus München berichteten und wenn es sich hierbei nicht um eine "Emser Depesche" handelt, hat Herr von Hassel das einzigartige Kunststück vollbracht, den Neonazis in der Bundesrepublik jetzt schon einen Persil-Schein auszustellen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg nannte man bekanntlich Führungszeugnisse und ähnliche Schriftstücke, mit denen selbst SA- und SS-Rabauken bescheinigt wurde, sie seien "im Grunde genommen anständige Menschen", Persil-Scheine. Wenn Herr von Hassel tatsächlich meint, die NPD von heute und deren Wähler, wollten nichts anderes als "Ordnung" und wenn er nicht gerätig dumme Bemerkungen dementiert, kann er sich rühmen, den Begriff des Vorschub-Persilscheines in die deutsche Politik eingeführt zu haben.

Oder hat dabei Herr von Hassel - immer vorausgesetzt, daß er in München tatsächlich der NPD einen Persil-Schein ausstellte - als Mann von stramm nationaler Erziehung vielleicht an die "Harzburger Front" gedacht? An jenes politische Bündnis zwischen Deutschnationalen, "Stahlhelm" und NSDAP, mit dessen Hilfe ganz schlaue Rechtspolitiker der Weimarer Zeit die NSDAP salonfähig machen wollten?

Die in der Presse wiedergegebenen Äußerungen des Herrn von Hassel passen nach dem Einsatz der NPD-Schlägerkommandos in Frankfurt genau in die Landschaft. Auch in Frankfurt, so hört man inzwischen, verteidigt sich die von der NPD-Leitung eingesetzten Schläger mit der Behauptung, sie hätten nur "Ordnung" machen wollen, und es sei "ihr gutes demokratisches Recht", die Versammlung einer noch nicht verbotenen Partei vor "Diskussionsrechnern und anderen Störenfriedern" zu schützen...

Wir haben immer noch die leise Hoffnung, daß Herr von Hassel eine Erklärung dafür findet, wie ausgerechnet er dazu gekommen ist, der NPD einen Vorschub-Persilschein auszustellen. Nur sollte er vorsichtig sein. Die landläufige Bemerkung mancher Politiker, "die Journalisten" seien an dem ganzen Schlamassel schuld, zieht nicht mehr so recht. Wie wir hören, haben die Kollegen in München hellwach an der Pressekonferenz des Herrn von Hassel teilgenommen. Für sie war der Mann aus dem hohen Norden ohnehin eine kleine Sensation. Und wenn ein Journalist eine Sensation wittert, paßt er genau auf, daß ihm nichts entgeht.

Aber bitte: Herr von Hassel, Sie haben das Wort!

+ - +

Die Zeiten haben sich geändert

Beobachtungen im Vorfeld des Wahlkampfes

Von Helmut Rohde, MdB

Im Wahlkampf 1965 konnten sie noch biedermännisch beschwichtigen. Erhard damals zu den Wählern: "Wenn die Sozialdemokraten von einer drohenden Finanzkatastrophe reden, nehmen Sie es nicht ernst, nehmen Sie es heiter!" - N a c h der Wahl baute seine Regierung dann wirtschaftlich und politisch ab.

Heute, in der Diskussion um die DM-Aufwertung, finden sie kein Land des Lächelns mehr vor. Damals konnten die Defizitpartner der CDU/FDP-Koalition - mit Zuversicht im Gesicht und einer milliarden-schweren Finanzmisere in der Hinterhand - noch ziemlich zynisch Glaubensbereitschaft ausnutzen. Heute gehen Skepsis und Mißtrauen bis in ihre eigenen Reihen. Damals konnte der frühere Wirtschaftsminister Schmäcker noch vom "ungetrübten wirtschaftlichen Fortschritt" reden und in Wahrheit die "gewollte Rezession" im Sinn haben, ohne daß eine Warnung vor dem doppelten Boden seiner Politik sonderliche Wirkung gehabt hätte. Heute gewinnen dagegen immer mehr Menschen den Eindruck, daß ausgerechnet die Veranstalter der wirtschaftlichen Taifahrt von 1966 aus diesem gefährlichen Unternehmen am wenigsten gelernt haben.

Es hat sich in den letzten Jahren in unserem Lande das politische Klima verändert. Man ist kritischer geworden. Im Vorfeld des eigentlichen Wahlkampfes stößt die CDU draußen im Land auf wachsende Skepsis und Vertrauensschwund. Das geht bis in traditionelle Wählerschichten hinein. Kein Wunder, daß CDU-Kandidaten im Lande mit naiven Mitteln dem Wähler beibringen wollen: Möget Ihr schon nicht mehr meine Partei, dann erhaltet mir doch wenigstens persönlich Euer Wohlwollen. Abweichungen von der eigentlichen Politik ihrer Partei zu äußern und mit kritischer Distanz zu kokettieren, wird geradezu als werbewirksam angesehen. Das wird auf die Dauer für die CDU folgenreicher sein, als heute manche ihrer lokalen Werbungstechniker glauben.

Die veränderten Voraussetzungen, unter denen die Parteien 1969 antreten, werden sich auf Art und Verlauf des Wahlkampfes auswirken. Das sich in der CDU vertiefendes Empfinden, auf dem Felde rationaler Politik gegenüber den Sozialdemokraten immer mehr an Konkurrenzfähigkeit zu verlieren, wird in der CDU zur Emotionalisierung des Wahlkampfes und zur Erinnerung an die Methoden der "guten alten Zeiten" reizen. Was hat sie draußen anzubieten? Für die Wirtschaftspolitik keinen zugkräftigen Mann und kein Konzept. In der preis- und außenwirtschaftlichen Absicherung der Konjunktur eine Sackgasse und keinen Ausweg. Minister Schiller ist für die CDU-Kandidaten draußen im Land nicht nur ein politischer Gegenspieler, sondern ein Trauma geworden. Die bewegliche Außen- und Friedenspolitik, die Modernisierung des Rechts und der Justiz, von Heinemann eingeleitet, das zukunftsorientierte Verkehrskonzept von Minister Leber - das alles hat die CDU-Wahlkämpfer aus dem gewohnten Tritt gebracht. Sie mögen

eigentlich die neuen Konzepte nicht recht. Man merkt's in den Diskussionen. Sie finden aber auch keine Alternativen. Ihr Selbstbewusstsein und ihre Selbsteinschätzung haben Schaden gelitten; und das macht viele nervös.

In den großen Städten hängt den Christdemokraten die Torpedierung des Städtebauförderungsgesetzes wie eine Schelle um. Die Folge: Alle Welt, auch die CDU-Bürgermeister, redet über hemmungslosen Wucher mit den Bodenpreisen.

Und in der Sozialpolitik? Wenn die Sozialausschüsse der CDU die Vorstellungen, die sie kürzlich in Oldenburg verkündet haben, in der deutschen Politik verwirklicht sehen wollen, dann müssen sie die eigenen Anhänger auffordern, am 28. September Sozialdemokraten zu wählen. Auf ihre eigene Partei können sie sich nicht verlassen. In der werden gegen die Mitbestimmung Ressentiments mobilisiert, da gibt es keine Aufhebung der Preisbindung der zweiten Hand, keine flexiblen Wechselkurse für die Konjunkturpolitik und keine entschlossene Haltung gegen den Bodenwucher in den Ballungsräumen. Für einen Angehörigen der Sozialausschüsse ist das Regierungsprogramm der SPD ergiebiger als die Politik der eigenen Partei, für die er in den nächsten Wochen Handzettel verteilen, Plakate kleben und für deren überwiegend konservative Kandidaten er werben soll. Man wird ihn loben, lieben aber nicht. Man wird ihn, den man zu der "Masse der kleinen Leute" rechnet, das Salz der Erde nennen und gleichzeitig seine wirklichen Interessen ignorieren.

Da hilft auch wenig die Flucht auf das Feld der Versprechungen. So wurde z. B. den Älteren in Aussicht gestellt, künftig leichter Telefonanschlüsse zu erhalten. Jeder fragt sich sofort, warum in mehr als 10 Jahren die Postminister der CDU/CSU das nicht schon längst in Gang gebracht, sich sogar ablehnend verhalten haben? Minister Leber hat nach eineinhalb Jahren Amtszeit "rosa Zeiten" für die Älteren auf der Bundesbahn geschaffen. Warum gibt es sie noch nicht am Telefon? Nach 20 Jahren Regierungstätigkeit brennen der CDU Versprechungen dieser Art wie heiße Kartoffeln in der Hand.

Überhaupt die 20 Jahre! Das ist für die CDU/CSU ein schwer zu verdauender Brocken. Der Wähler von heute begnügt sich nicht mehr mit der Aufzählung des Geschehenen. Er will wissen, wie die politischen Parteien die Zukunft gestalten wollen. Und er will es nicht mehr nur in Form von Versprechungen wissen, sondern mit klaren Hinweisen auf die Realisierbarkeit eines Projektes ins Vertrauen gezogen werden. Sogenannte schöne Köpfe oder eine dicke Zigarre genügen da nicht mehr.

Das alles reibt sich draußen im Land. Es läuft immer auf das Gleiche hinaus: auf den Abbau der Glaubwürdigkeit und des Vertrauens. Hier liegt die Achillesferse der CDU.

+ + +

Madrid - Bonn

Hochsommerliche Eintrübung des deutsch-spanischen Verhältnisses

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Das ansonsten harmonische deutsch-spanische Verhältnis wird gegenwärtig einer Belastungsprobe unterzogen, doch die Möglichkeit einer Bereinigung ist grösser, als angenommen wird. Es handelt sich um psychologische Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß Spanien und Deutschland, durch traditionelle Freundschaft miteinander verbunden, jetzt enger zusammengedrückt sind, obwohl beide Länder keine gemeinsame Grenze besitzen. Grenzen in Europa haben längst aufgehört, eine Rolle zu spielen: Wenigstens zwei Millionen Deutsche weilen jedes Jahr in Spanien als Urlauber, über 150.000 Spanier sind ständig in der Bundesrepublik als Gastarbeiter tätig. Der intimere Kontakt verursacht Störungen, wie es bei Hausnachbarn und bei Völkern ganz natürlich ist.

Wie der Deutschlandkorrespondent des spanischen Staatsrundfunks, Pedro Bender, in einem längeren Bericht feststellt, droht an den Einsprüchen der britischen Mitproduzenten des deutschen Leopard-Panzers die Auslieferung dieser von Spanien bestellten Kampfwagen zu scheitern. Die Briten wollen damit die Spanier zwingen, ihre Ansprüche auf Gibraltar aufzugeben. In britischer Sicht wäre es verhängnisvoll, würden deutsche Leopard-Panzer mit englischen Kanonen eine gewaltsame Gibraltar-Lösung versuchen, wie sie im Zweiten Weltkrieg Staatschef Franco unterband, als sie sein ehemaliger Stellvertreter Munoz-Grandes ernsthaft erwogen hatte. In Spanien steht ein Gewaltstreik aber überhaupt nicht zur Debatte.

Es sind auch andere deutsch-spanische Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht, weil die Spanier wider besseres Wissen die Existenz einer freien Berichterstattung in der Bundesrepublik geflissentlich ignorieren. Das Madrider Informationsministerium teilt die Empörung der spanischen Botschaft in Bonn über die jüngsten Spanien-Sendungen des deutschen Fernsehens, z.B. ein Interview über Mißhandlungen von politischen Häftlingen, das der Abtbischof von Montserrat gewährte, sowie einen Streifen, der Spanien als einen zerfallenden Vielvölkerstaat darstellte. Nun ist es eine gemeinsame Schwäche der Spanier und der Deutschen, daß beide die Wahrheit nur sehr schwer vertragen können - das haben unzählige Historiker ausführlich dargelegt.

Auch die spanischen Gastarbeitersendungen des Bayerischen Rundfunks stehen im Kreuzfeuer heftigster spanischer Kritik; die Rundfunkarschalt wurde von der spanischen Regierungspresse sogar als "Stimme Panbrows" bezeichnet. Andererseits hat auch die Bundesrepublik einigen Grund, über bestimmte Vorgänge der spanischen Informationspolitik wie die zuweilen unsachgemäße Darstellung der NPD und andere schwerwiegendere Dinge wenig glücklich zu sein. Spanische und deutsche diplomatische Kreise geben sich jedoch nach außen hin zuversichtlich und erwarten, daß das zeitweilige Tief im deutsch-spanischen Verhältnis einer aufgeschlosseneren Atmosphäre weicht.

Ein gewisser Lichtblick scheint sich zu eröffnen. Künftig soll der deutsch-spanische Jugendaustausch beträchtlich liberalisiert und erweitert werden. An diesem Austausch können auch spanische Jugendverbände teilnehmen, die nicht an die weltanschaulichen Ziele der spanischen Staatsjugend gebunden sind. Es werden wieder einmal die ungestümen Jungen sein, die den von ihren Vätern aufgebauten Barrieren des Vorurteils ihren Willen zur gemeinsamen europäischen Zukunft entschlossen entgegensetzen.